

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (15. Jahrgang, Nr.04, April 2021)
besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Den Gürtel enger zu schnallen verlangen vor allem die, die ihren Wohlstandsbauch schon mit Hosenträgern abgesichert haben.

Bernhard Vogel, CDU-Politiker, geb. 1932

Attac soll nicht mehr gemeinnützig sein

Seit einigen Jahre unterstütze ich mit regelmäßigen Spenden „Attac“

Die Organisation wurde am 3.Juni 1998 in Frankreich gegründet. Die Idee war, auf weltweiter Ebene eine Nichtregierungsorganisation (NGO) ins Leben zu rufen, die Druck auf Regierungen ausüben sollte, um eine internationale „Solidaritätssteuer“ zur Kontrolle der Finanzmärkte, genannt Tobin-Steuer, einzuführen. Gemeint war damit die durch den US-amerikanischen Ökonomen James Tobin Ende der 1970er Jahre vorgeschlagene Steuer in Höhe von 0,1 % auf spekulative internationale Devisengeschäfte.

Der vom Gründer Ramonet gleichzeitig vorgeschlagene Name dieser Organisation „attac“ *Association pour une taxe Tobin pour l'aide aux citoyens* (deutsch: „Vereinigung für eine Tobin-Steuer zum Nutzen der Bürger“) sollte, aufgrund seiner sprachlichen Nähe zum französischen Wort *attaque*, zugleich den Übergang zur „Gegen-attacke“ signalisieren, nach Jahren der Anpassung an die Globalisierung.

Diese Idee fand ich sehr wichtig. Inzwischen setzt sich die Organisation auch für eine Reihe weiterer Ziele ein, die wir z.T. auch bei DAGS sehr wichtig finden, z.B. Globalisierung, Natur und Umwelt, Arbeit und Soziales, Bildung und vieles mehr (Informationen im Internet www.attac.de). Attac gibt es inzwischen in rund 50 Ländern in der Welt.

Nun wurde schon im April 2014 rückwirkend ab 2010 durch das Frankfurter Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit entzogen mit der Begründung "Die tatsächliche Geschäftsführung des Vereins war nicht auf die ausschließliche Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet. Der Verein verfolgte entgegen § 56 AO auch allgemeinpolitische Ziele. Nach § 52 Nr. 15 AEAO zählen politische Zwecke (Beeinflussung der politischen Meinungsbildung) grundsätzlich nicht zu den gemeinnützigen Zwecken i.S.d. § 52 AO. Insbesondere mit der Verfolgung steuer-, wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele wie der Regulierung der Finanzmärkte, der Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder der Einführung einer Vermögensabgabe und eines Grundeinkommens werden keine gemeinnützigen Zwecke i.S.d. § 52 AO verwirklicht."

Mit anderen Worten: Das Finanzamt behauptete, Attac verfolge nicht ausschließlich seine gemeinnützigen Satzungszwecke, sondern agiere zu politisch. Politische

Forderungen zu erheben, sei gemeinnützigkeitsschädlich. Die globalisierungskritische Arbeit für eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte, gegen die Folgen von Freihandel, für eine gerechte Verteilung von Reichtum oder zu vielen anderen Themen, die von Tausenden ehrenamtlichen Attac-Aktiven überall in Deutschland geleistet wird, sei nicht gemeinnützig.

2016 klagte Attac beim Hessischen Finanzgericht gegen diesen Beschluss und bekam zunächst Recht. Darauf schaltete sich das Bundesfinanzministerium in Berlin ein und wies das Frankfurter Finanzamt ein, beim Bundesfinanzhof Beschwerde einzulegen. Es folgten weitere Gerichtsverfahren, die schließlich wieder mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit endeten. Die letzte Möglichkeit ist jetzt, das Bundesverfassungsgericht anzurufen.

Mit diesen Beschlüssen droht ja weiteren Organisationen der Entzug der Gemeinnützigkeit und damit der Verlust von Einnahmen durch Spenden, weil die Spender sie nicht mehr von der von Ihnen zu zahlenden Steuer absetzen können.

Ich finde das dramatisch gefährlich, weil damit das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, wie wir es ja auch bei DAGS wollen, in seiner Wirksamkeit eingeschränkt und die Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

Meine Spende kriegt Attac weiter!! *Walter Hamann*

Drei Millionen alten Menschen droht Grundsicherung

Selbst nach 45 Jahren Vollbeschäftigung droht fast drei Millionen Menschen eine Rente auf Grundsicherungsniveau. Im Jahr 2019 habe es insgesamt rund 2,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte mit einem Entgelt unterhalb des Schwellenwertes von monatlich 2050 Euro gegeben, erklärte das Bundesarbeitsministerium auf Anfrage der Linksfraktion.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband nannte die Zahl „erschreckend“. Selbst nach 45 Jahren Vollbeschäftigung fürchten zu müssen, auf Sozialleistungen angewiesen zu sein, sei ein Armutszeugnis, zumal ehr viele Beschäftigte weder 45 Versicherungsjahre zusammenbekämen noch in Vollzeit arbeiten könnten.

aus: Lübecker Nachrichten“ vom 19.02.2021

Ein Erfolg

Nicht oft kann Sven Giegold, der EU-Abgeordnete der Grünen über Erfolge berichten. Hier ist aber ein solcher Bericht. Durchbruch für mehr Steuergerechtigkeit in Europa - Die öffentliche, länderbezogene Steuertransparenz kommt!

<https://sven-giegold.de/durchbruch-fuer-mehr-steuergerechtigkeit>

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute ist wirklich ein großartiger Tag. Für mehr Steuertransparenz, für unsere Demokratie und auch mich ganz persönlich. Denn soeben (Donnerstag, 25.02.21) haben die EU-Minister*innen für Wirtschafts-, Industrie- und Forschungspolitik eine wegweisende Entscheidung im Kampf gegen Steuervermeidung getroffen. Mit einer deutlichen qualifizierten Mehrheit haben die Minister*innen einen Vorschlag für öffentliches Country-by-Country Reporting angenommen, trotz fortgesetzter Blockadehaltung der deutschen Bundesregierung. Das ist der Durchbruch für faire Unternehmensbesteuerung überall in Europa! Seit fast 20 Jahren arbeite ich an dieser Idee der länderbezogenen Steuertransparenz von Großunternehmen und nun ist die entscheidende Blockade aus dem Weg geräumt!

Ob die Grünen auch in Deutschland solche Erfolge erzielen und ob ich Sie deswegen wählen werde, will ich weiter beobachten.
Walter Hamann

Wir möchten Sie auf den **Online-Vortrag von Wolfgang Kessler** hinweisen:

Arbeiten und leben nach Corona. Was wir aus der Krise lernen können

Nach über einem Jahr Corona-Krise wächst die Sehnsucht nach einer Rückkehr zur Normalität vor der Krise. Das ist verständlich. Doch diese Sehnsucht ignoriert, was die Corona-Krise deutlich gemacht hat: »Sie ist ein Weckruf an die Menschheit, mit Natur und Umwelt anders umzugehen. Der Immer-Weiter-Schneller-Mehr-Kapitalismus muss aufhören«, sagte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Deshalb braucht es Alternativen zu der Art zu wirtschaften und zu leben, wie wir sie kennen. Wolfgang Kessler, Ökonom und langjähriger Chefredakteur von Publik-Forum, wird sie an diesem Abend vorstellen.

Am: **Donnerstag, 22. April 2021**

Um: **19.00 bis 21.00 Uhr**

Wo: **Online-Veranstaltung der Leserinitiative Publik-Forum e. V.** Die Veranstaltung findet via Zoom statt. Es besteht die Möglichkeit, im Chat Fragen zu stellen.

Moderation und Anwältin des Publikums:
Barbara Tambour, Publik-Forum

Anmeldung: Bitte melden Sie sich an unter: lip@publik-forum.de

Wir senden Ihnen den Link zur Veranstaltungsteilnahme zu.

Eintritt: Die Veranstaltung ist frei

Spenden: Zur Finanzierung dieser Veranstaltung bitten wir um Spenden auf unser Konto mit dem Stichwort »22.04.2021«:

Leserinitiative Publik-Forum e. V. bei der Darlehnskasse Münster,
IBAN: DE 52 4006 0265 0003 6450 00

So weit ist es nun gekommen Corona - Die Personalnot in den Krankenhäusern hat fatale Folgen

Wer an Corona erkrankt ist, geht in Quarantäne, um niemanden anzustecken. Doch in Kliniken und Pflegeeinrichtungen fehlt es an Personal. Und die Intensivstationen sind voll mit schwerkranken Patienten. Deshalb ist immer öfter zu hören, dass Kliniken darauf drängen, auch Personal einzusetzen, das selbst schon an Corona erkrankt ist. Noch dazu in Zwölf-Stunden-Schichten.

Nicht erst seit der Pandemie herrscht Personalmangel: Immer weniger Fachkräfte versorgen immer mehr Patienten. Kliniken werben sich die Fachkräfte gegenseitig ab. Pflegekräfte gehen freiwillig in Teilzeit, weil sie den Druck nicht mehr aushalten. Und Gesundheitskonzerne machen ungebremst Profite. Auch im Ausland ließen sich auf die Schnelle keine Fachkräfte mehr anwerben. Beispielsweise in Mexiko, wo Gesundheitsminister Jens Spahn noch 2019 Pflegekräfte anwerben wollte. Das hat vor Corona nicht geklappt. In Zeiten der Pandemie geht so eine Rechnung aber erst recht nicht auf. Schließlich kämpfen die Menschen weltweit mit den Folgen des Virus. Sie brauchen ihre Ärzte und Pflegekräfte selbst.

Eine dauerhafte Lösung hätte es in Deutschland längst geben können: Gute Löhne und gute Arbeitsplätze könnten die Pflegeberufe für die Menschen attraktiver machen. Nicht aber das Gefühl, in einer Pandemie verheizt zu werden. Doch das geschieht gerade, wenn Menschen im Gesundheitswesen Zwölf-Stunden-Schichten aufgedrückt bekommen. Oder wenn man sie sogar drängt, trotz der Viruserkrankung weiter zu arbeiten, zumindest solange sie keine Symptome haben. Das ist auch deshalb unsinnig, weil das Personal nicht selten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeitsstätte kommt.

aus: Ver.di-Publik 8/2020

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de

Für unsere Treffen 2021
haben wir folgende Termine
jeweils montags von 16.30 bis 18.00 Uhr

12.04., 10.05., 14.06.
12.07., 09.08., 13.09.,
11.10., 08.11.

Ob wir uns wieder nur über Skype austauschen oder wieder persönlich treffen können, und wo wir in diesem Fall tagen werden, kann derzeit noch nicht gesagt werden und wird kurzfristig im Internet bekannt gegeben

Christus ist Bild des unsichtbaren Gottes, der Erstgeborene der ganzen Schöpfung.

(Monatsspruch für April 2021 aus Kol. 1,15)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
30. April 2021